

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 54 (1974-1975)
Heft: 4

Artikel: Entwicklungspolitik als gezielter Sozialwandel
Autor: Tuchfeldt, Egon
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162969>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Entwicklungsrecht als gezielter Sozialwandel

Die Entwicklungsländer (vielleicht sollte man besser sagen: die Führungs-schichten dieser Länder) möchten den Vorsprung der Industriestaaten aufholen, und zwar möglichst rasch. Der Gedanke an einen so langsamem Industrialisierungsprozess, wie ihn Europa durchlaufen hat, wird nicht akzeptiert. Dabei ist auch daran zu denken, dass dieser Prozess nicht nur die eigentliche Industrialisierung umfasste, die in England um die Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzte und dann Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts auf den Kontinent übergriff. Vielmehr ist eine rund 200 Jahre dauernde vorangegangene Anlaufperiode hinzuzurechnen, während der die vor allem infrastrukturellen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg, für den «take-off» im Sinne W. W. Rostows, geschaffen wurden. Geht man gar zu den geistigen Wurzeln zurück, von denen die Impulse für diese säkulare Entwicklung ausgegangen sind, kommt man zur Renaissance, während der die mittelalterlichen Wertordnungen durch ein neues Lebensgefühl abgelöst wurden, das sich dann im 16. und 17. Jahrhundert im Aufschwung des naturwissenschaftlichen Denkens, in der allmählichen Herausbildung der Nationalstaaten und nicht zuletzt im Zeitalter der Eroberungen und Entdeckungen manifestierte.

Demgegenüber wollen die heutigen Entwicklungsländer Industrialisierung hic et nunc. Sie können auch gar nicht warten, bis die kulturellen und sozialen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung in hinreichendem Masse entstanden sind. Bevölkerungsexplosionen, Hungerkatastrophen, Seuchen usw. würden die inneren Spannungen in unerträgliche Dimensionen steigern. Nun bedeutet aber Entwicklung nicht einfach einen Wandel von einer agrarischen zu einer industriellen Struktur der Wirtschaft (ökonomischer Strukturwandel), sondern eine grundlegende Änderung der gesamten Gesellschaft. In allen Bereichen müssen umfassende Neuerungen stattfinden, damit die Institutionen, Wertsysteme und Verhaltensweisen der vorindustriellen, traditionsgeleiteten Ordnungen zurückgedrängt und die Möglichkeiten zu rationaler Gestaltung der Verhältnisse geschaffen werden.

Sozialer Wandel

In den Sozialwissenschaften hat man für solche tiefgreifenden Veränderungen einer Gesellschaft seit W. F. Ogburn (1922) den Begriff des sozialen Wandels oder einfach Sozialwandels. Zwar ist es längst «ein inflationierter Begriff» (W. Zapf), doch benötigt man gleichwohl auch hier eine Orientierungshilfe. Unter den zahlreichen Definitionen, die in der inzwischen sehr umfangreichen Literatur zu diesem Thema angeboten werden, scheint für unsere Zwecke diejenige des Zürcher Soziologen P. Heintz (1958) am brauchbarsten: «Unter sozialem Wandel versteht man die Gesamtheit der in einem Zeitabschnitt erfolgenden Veränderungen in der Struktur einer Gesellschaft.»

Daneben wird von kulturellem Wandel oder Kulturwandel gesprochen, wenn insbesondere die Wertnormen einer Gesellschaft anvisiert sind. Eine Unterscheidung von sozialem und kulturellem Wandel ist dann zweckmässig, wenn es darum geht, «*cultural lags*» und «*cultural leads*» zu erfassen, soll heißen ein Nachhinken des kulturellen hinter dem sozialen Subsystem (*cultural lag*) oder ein Vorausseilen des kulturellen Wertsystems, vor allem der städtisch-intellektuellen Schichten, vor den sozialen Institutionen, die oft ein starkes Beharrungsvermögen aufweisen (*cultural lead*). Beide Disparitäten führen zu starken Spannungen (Generationenkonflikt, Stadt-Land-Gegensatz usw.). Bezieht man auch noch den Strukturwandel im ökonomischen Subsystem ein, der sich vor allem in Änderungen der Produktionstechniken manifestiert, ergibt sich eine weitere Quelle gesellschaftlicher Spannungen. Schon K. Marx sprach in diesem Zusammenhang von den Widersprüchen zwischen Produktionstechniken (Unterbau) und Produktionsverhältnissen (Überbau).

Sozialwandel, im generellen Sinne verstanden, besagt noch nichts über die Richtung aus, in der die Gesamtgesellschaft sich verändert. Diese Abstinenz bildet eine Reaktion auf die früheren Versuche, «gesellschaftliche Entwicklungsgesetze» aufzudecken, die einen Wandel im Sinne eines historischen Fortschritts annahmen (Saint-Simon, A. Comte, K. Marx, H. Spencer, Ch. Darwin und andere). Keiner dieser Versuche hat der wissenschaftlichen Kritik standhalten können. Im übrigen kann Sozialwandel sich auch in negativer Richtung vollziehen, wenn eine starke Desorganisation der gesamtgesellschaftlichen Strukturen nicht bewältigt werden kann. Obwohl solche Regressionserscheinungen schon seit der Antike beobachtet worden sind, hat man sie weitgehend der Geschichtsphilosophie und der Universalgeschichte überlassen. Empirische Studien über regressiven Sozialwandel liegen nur vereinzelt vor, und zwar über den Niedergang «primitiver Gesellschaften» infolge des Zusammenstosses mit Industriegesell-

schaften; sie stammen meist von Ethnologen.

Erst die erwähnte Unterscheidung eines ökonomischen, sozialen und kulturellen Subsystems, die sich nicht gleichförmig verändern, ermöglicht gewisse Annahmen über die mutmassliche Stärke der Spannungen innerhalb einer Gesamtgesellschaft (als Inbegriff der verschiedenen Subsysteme) und über die wahrscheinliche Richtung des Wandels innerhalb dieser Gesellschaft. Dazu bedarf es allerdings einer hinreichenden Kenntnis der Ursachen, die für die Änderungen in einem Subsystem verantwortlich sind, sowie der Diffusionsschranken zwischen den Subsystemen.

Exogene und endogene Ursachen des Sozialwandels

Entwicklungspolitik stellt nun im Prinzip nichts anderes dar als einen 1. gezielten, 2. beschleunigten und 3. kumulativen Sozialwandel in Richtung auf eine «Modernisierung» traditioneller Gesellschaften. Die Änderungen in den kulturellen, sozialen und ökonomischen Subsystemen der Gesamtgesellschaft, die sich in den alten Industriestaaten innert mehrerer Jahrhunderte unter vielen Schwierigkeiten teils ganz allmählich, teils in qualitativen Sprüngen vollzogen haben, sollen in den Entwicklungsländern – auf einige Jahrzehnte komprimiert – in geplanter Weise ablaufen. Die «Modernisierung» in den alten Industriestaaten erfolgte ebenfalls kumulativ (im Sinne einer Diffusion der Neuerungen von Subsystem zu Subsystem), jedoch weder gezielt noch beschleunigt. Dem mit der Industrialisierung einsetzenden ökonomischen Strukturwandel gingen mehrere Jahrhunderte soziokultureller Änderungen voraus.

Für die heutigen Entwicklungsländer stellen sich damit zugleich schwerwiegende Fragen. Einmal: Welche Faktoren verursachen, beschleunigen oder hemmen den sozialen Wandel? Und zum anderen: Welche Strategien ermöglichen es, einen gezielten, beschleunigten und kumulativen Sozialwandel planmäßig durchzuführen?

Bei den Ursachen des Sozialwandels pflegt man gewöhnlich exogene und endogene Faktoren zu unterscheiden. *Exogene Ursachen* stammen aus der «Umwelt» der betreffenden Gesellschaft. Sie werden «von aussen» an diese Gesellschaft herangetragen. Hierunter fallen beispielsweise Änderungen in den natürlichen Bedingungen (Klima, Flora, Fauna, Seuchen usw.), Kontakte mit anderen Gesellschaften, die wiederum friedlicher Natur sein können (Handelsbeziehungen, Wanderungen, Hilfeleistungen, Nachahmung) oder auf einem Zusammenstoß beruhen (Eroberung durch Krieg mit nachfolgender Überlagerung durch die Sieger, teilweiser Völkermord, gewaltsame Umsiedlung und dergleichen). Entwicklungspolitisch hat der Kon-

flikt mit technisch überlegenen anderen Gesellschaften am meisten Bedeutung gehabt. Vom 16. bis 19. Jahrhundert sind ausserhalb Europas zahlreiche abhängige Gebiete (Kolonien) entstanden, an deren Entwicklung bis heute hin die ausserordentlich differierenden Wirkungen exogen bedingten Sozialwandels studiert werden können. Koloniale Abhängigkeit ist dabei keineswegs der einzige Fall. Ein anderes Beispiel bildet Japan, das 1853 durch äussere Gewalt aus seiner selbstgewählten Isolation herausgerissen wurde, diesen exogenen Anstoss dann aber in sehr eigenständiger Weise bewältigte – zunächst Jahrzehnte durch Nachahmung, bis schliesslich autonome Entwicklungskräfte von ungeahnter Stärke freigesetzt wurden. Aus dem ursprünglich exogenen Anstoss sind in diesem Falle durch allmähliche Internalisierung wirksame endogene Impulse geworden.

Endogene Ursachen sozialen Wandels liegen in Spannungen zwischen den Subsystemen einer Gesellschaft begründet. Typisch hierfür ist etwa der «*cultural lag*». Wertvorstellungen und daraus resultierende Verhaltensweisen werden bei fortschreitender Industrialisierung und Urbanisierung weiterhin tradiert – ein Tatbestand, der in den heutigen Entwicklungsländern von zentraler Bedeutung ist. In jüngster Zeit spielt daneben auch der «*cultural lead*» eine zunehmende Rolle, wenn intellektuelle Führungsenschichten (zumal wenn sie in den Industrieländern studiert und die dortigen Eindrücke internalisiert haben) aus Unzufriedenheit mit dem evolutionären Sozialwandel, der ihnen zu langsam geht, auf revolutionärem Wege eine Beschleunigung des Modernisierungsprozesses versuchen. Ansonsten ist allerdings das Problem, wie es dazu kommt, dass in einem Subsystem einer traditionellen Gesellschaft Neuerungen auftreten, die sich dann erfolgreich verbreiten, noch ziemlich ungeklärt.

Evolutionäre Strategien

Damit kommen wir bereits zur zweiten vorhin formulierten Frage: Welche Strategien ermöglichen es, einen gezielten, beschleunigten und kumulativen Sozialwandel planmäßig durchzuführen? Allzu vereinfachend werden heute meist evolutionäre und revolutionäre Strategien einander gegenübergestellt. Daher geht es dann im Prinzip um die Frage, ob der gewollte Sozialwandel schrittweise und kontrolliert ablaufen soll (was natürlich zugleich bedeutet, dass die Spannungen zwischen den Subsystemen der Gesellschaft nicht zu gross werden dürfen), oder ob wegen des Beharrungsvermögens der Institutionen und der Wertvorstellungen rasche und vielfach gewaltsame Änderungen in den bestehenden Verhältnissen erforderlich sind. Beide grundsätzlichen Strategien werden wieder in verschiedenen Varianten vertreten.

Die Auseinandersetzung darüber füllt bereits ganze Bibliotheken.

Im Mittelpunkt der Diskussion über die «richtige» evolutionäre Strategie hat in den fünfziger und sechziger Jahren die Kontroverse zwischen den Anhängern eines gleichgewichtigen und eines ungleichgewichtigen Wachstums gestanden. Beiden Konzepten ist gemeinsam, dass sie aus einer Reihe verschiedener Bausteine bestehen. Sie werden daher von ihren Befürwortern auch unter verschiedenen Blickwinkeln gesehen, was nicht selten den Eindruck mangelnder Geschlossenheit vermittelt.

Die Vertreter des *gleichgewichtigen Wachstums* (*balanced growth*) gehen davon aus, dass der «Teufelskreis der Armut» in den Entwicklungsländern nicht mittels einer Vielzahl kleiner Schritte durchbrochen werden kann, sondern nur durch einen «*big push*» in Form eines sorgfältig aufeinander abgestimmten Investitionsbündels. Durch koordinierte gleichzeitige Investitionen auf zahlreichen Gebieten sollen überall endogene Anreize für die weitere Entwicklung geschaffen, der «*take-off*» also durch eine massive Anstrengung erreicht werden. Das Konzept des gleichgewichtigen Wachstums hat sich längere Zeit grosser Beliebtheit erfreut. Dabei ist auch daran zu denken, dass die Vorstellung eines «Gleichgewichtspfades» der Wirtschaft damals das wachstumstheoretische Denken in den alten Industrieländern beherrschte.

In der Praxis der Entwicklungsländer standen der Realisierung eines solchen gleichgewichtigen Wachstums ganz erhebliche Schwierigkeiten gegenüber. Generell werden die dortigen Verhältnisse zu ökonomisch-technokratisch gesehen. Vor allem wurde vernachlässigt, dass ohne einen tiefgreifenden soziokulturellen Wandel eine nachhaltige ökonomische Entwicklung kaum möglich ist. Die Knappheit an Finanzierungsmitteln wurde erheblich unterschätzt. Im Gegensatz zur «Politik der kleinen Schritte», wie sie für die Entwicklung der alten Industrieländer charakteristisch gewesen ist, erfordert ein «*big push*» so grosse Mittel, dass auch die Möglichkeiten der Entwicklungshilfe überfordert sind (abgesehen von dem aus massivem Kapitalimport resultierenden Verschuldungsproblem). Unterschätzt wurde aber auch der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Denn eine Entwicklung «auf breiter Front» erfordert nicht nur akademisch ausgebildete Führungskräfte, sondern auch eine breite Schicht mittlerer Kader. Schliesslich setzt die Koordinierung der Investitionen eine so gut ausgebauten Statistik voraus, wie sie in Entwicklungsländern praktisch nicht vorhanden ist.

Gerade diesen Problemen will das konkurrierende Konzept des *ungleichgewichtigen Wachstums* (*unbalanced growth*) Rechnung tragen. An Stelle eines ambitionierten und unrealistischen Gesamtplanes soll die Entwicklung durch bewusste Schaffung von Ungleichgewichten vorangetrieben werden. Durch gezielte Einzelprojekte sollen auf den vor- und nachgelagerten Pro-

duktionsstufen Engpässe entstehen, die dort ihrerseits wieder Komplementärinvestitionen nach sich ziehen. Verknappungstendenzen, Preissteigerungen und Devisenschwierigkeiten werden dabei bewusst in Kauf genommen, da man gerade von ihnen die Impulse für den Wandel der traditionellen Strukturen erwartet (Mobilisierung der öffentlichen Meinung, Lernprozesse usw.).

Auch die Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums stiess auf Kritik. Sie konzentrierte sich vornehmlich auf die Frage, ob eine gezielte Investition wirklich in hinreichendem Masse Komplementärinvestitionen nach sich zieht. Eine staatliche Investition (insbesondere im Infrastrukturbereich) braucht keineswegs private Investitionen zu induzieren, wenn die erforderlichen Randbedingungen für private Investitionstätigkeit fehlen (wie etwa stabile innenpolitische Verhältnisse, eine kodifizierte Rechtsordnung oder eine unternehmerfreundliche staatliche Administration). Die bisherigen Erfahrungen mit Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern zeigen eine Fülle gravierender Fehlentscheidungen. Andererseits gibt es auch keine Gewähr dafür, dass private Investitionen durch eine hinreichende staatliche Infrastruktur abgestützt werden (insbesondere im Verkehrs-, Kommunikations- und Bildungssektor).

Aus heutiger Sicht, nachdem sich die Probleme beider Strategien in der Praxis gezeigt haben, geht die Tendenz eher dahin, sie nicht mehr als konkurrierende, sondern als zeitlich aufeinander folgende Strategien anzusehen. Gleichgewichtiges Wachstum dürfte – nicht zuletzt wegen seiner hohen Anforderungen an die Planungsbehörden – erst möglich sein, wenn schon ein relativ hoher Entwicklungsgrad erreicht ist. Solange die Aufgabe noch darin besteht, erst einmal die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg zu schaffen, lässt sich mit dem Konzept des ungleichgewichtigen Wachstums wahrscheinlich mehr erreichen.

Entwicklung von unten

Den beiden bisher skizzierten Strategien ist gemeinsam, dass sie eine Entwicklung «von oben» postulieren. Beide setzen eine langfristige Planung voraus, die entweder die komplementären Investitionsbündel für den «big push» konzipiert oder die Einzelprojekte, die über eine Kette von Ungleichgewichten die Entwicklung vorantreiben sollen. Wer sich mit den Misserfolgen der bisherigen Entwicklungspolitik beschäftigt, stösst bald auf Stimmen, die einer solchen Politik «von oben» überhaupt skeptisch gegenüberstehen und statt dessen für die Politik «von unten» eintreten.

Entwicklungspolitik «von unten» ist nur ein Sammelbegriff für eine

ganze Reihe verschiedener Ansätze. Man spricht etwa von «*basic development*», «*community development*», «*Dorfentwicklung*», «*Regionalentwicklung*», «*genossenschaftlicher Entwicklung*» usw. Bestrebungen, das Innovationspotential kleiner, überschaubarer Räume durch aktive Beteiligung möglichst vieler Menschen zu mobilisieren, reichen in ihren Anfängen bis in das Kolonialzeitalter zurück.

So haben die christlichen Missionsstationen, vor allem in Afrika, eine intensive, heute meist unterschätzte Arbeit im Bildungssektor (Primarschulen und handwerkliche Fähigkeiten), im Medizinalbereich (ärztliche Versorgung der Bevölkerung) und in der Landwirtschaft geleistet. Da die Erfolge aber auf kleine Räume beschränkt blieben, zwischen denen häufig keine Verkehrsverbindungen bestanden, konnten diese Ansätze einer Entwicklung «von unten» nicht zu grösseren Einheiten zusammenwachsen. In Indien haben Gandhi und seine Nachfolger den Dorfentwicklungsprogrammen immer wieder kräftige Impulse gegeben, die bis zu freiwilligen Landreformen gingen. Das Genossenschaftswesen in den Entwicklungsländern hat beachtliche Erfolge hinsichtlich der Modernisierung der traditionellen Strukturen aufzuweisen. Das bekannteste Beispiel bilden hier die Kibuzim in Israel. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben neben der Ausbreitung der Genossenschaften vor allem Modellprojekte die einheimische Bevölkerung zur Nachahmung und damit zur aktiven Selbsthilfe angeregt. Neuerdings spricht man überall von der «*Grünen Revolution*», um den Teufelskreis der Armut von der ökonomischen Basis, eben von der Landwirtschaft her, aufzubrechen. In der Tat war ein grosser Teil der Entwicklungspolitik der fünfziger und sechziger Jahre viel zu sehr auf die Industrialisierung fixiert und ging damit an der Realität vorbei. Worauf es in den meisten Entwicklungsländern gerade ankommt, ist die Förderung der Landwirtschaft. Auch in den alten europäischen Industrieländern sind der Industrialisierung grundlegende Verbesserungen in den agrarischen Produktionsmethoden vorangegangen.

Nun wäre es sicherlich falsch, in der Entwicklung «von unten» ein Patentrezept zu sehen. Kommt keine Entwicklungspolitik «von oben» hinzu, fehlt also eine integrierende Planung aller Projekte, dann bleiben die Erfolge eher bescheiden. Im übrigen darf nicht übersehen werden, dass Musterfarmen, Dorfentwicklungsprogramme und Genossenschaften aller Art weniger spektakulär sind als grosse Prestigeinvestitionen (wie etwa Stahlwerke, Staudämme, Kernkraftwerke und dergleichen). Entwicklungspolitik «von unten» setzt sich von vornherein Ziele, die nicht dem Prestige des Landes (oder auch nur dem der Planer!) dienen, sondern langfristig multifunktionale Wirkungen erreichen sollen, eben sozialen Wandel. Der kurzfristige Propagandaeffekt solcher Vorhaben ist daher gering, wor-

aus sich wohl zum Teil auch die nicht selten anzutreffende kritische Einstellung der einheimischen Verwaltungsbehörden erklären mag. Dass durch eine integrierende Planung das Stadium des «*pre-take-off*», in welchem die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg geschaffen werden, wesentlich verkürzt werden kann, ist jedoch heute unter Fachleuten kaum mehr zweifelhaft, wenn auch gegen die «Romantisierung» mancher Projekte Einwände berechtigt sein mögen.

Revolutionäre Strategien

Ebenso wie die evolutionären Strategien der Entwicklungspolitik meist auf die Gegenüberstellung des gleichgewichtigen und des ungleichgewichtigen Wachstums vereinfacht werden, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg als «Modeströmungen» die Diskussion beherrschten, findet man auch bei den revolutionären Strategien gewöhnlich eine Verkürzung der historischen Perspektive. Der Begriff der Revolution wird verengt auf die gewaltmässige Beseitigung der bestehenden Herrschaftsstrukturen und ihre Ersetzung durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Entwicklungspolitik wird damit zu einem Teil des internationalen Klassenkampfes.

Hier sehen wir bereits einen fundamentalen Unterschied zu den evolutionären Strategien, bei denen es im Prinzip darum geht, welcher Weg am besten geeignet ist, eine Beschleunigung des Sozialwandels vornehmlich im *ökonomischen* Subsystem der Gesellschaft zu erreichen. Die revolutionären Strategien legen demgegenüber das Schwergewicht auf die Änderung der *sozialen* und *politischen* Rahmenbedingungen der Entwicklung. Dahinter stehen unterschiedliche Auffassungen über die Ursachen, die letztlich für den geringeren Entwicklungsgrad verantwortlich sind. Infolgedessen interessiert bei den evolutionären Strategien auch primär das Instrumentarium der Entwicklungspolitik, das bei den Revolutionsanhängern eher im Hintergrund steht.

Die Verkürzung der historischen Perspektive wird deutlich, wenn man sich die vielfältigen Inhalte des Revolutionsbegriffes vergegenwärtigt. Dabei ist nicht an die lediglich verbale Verwendung im übertragenen Sinne gedacht, die sich heute überall findet (wie agrarische, industrielle, technische, wissenschaftliche, modische usw. «Revolution»). Gemeint ist vielmehr die eigentliche Revolution im Sinne einer relativ kurzfristig, meist gewaltsam (oder doch mit nachhaltiger Androhung von Gewaltanwendung) stattfindenden Änderung der Herrschaftsverhältnisse in einer Gesellschaft, die sich nicht auf ein blosses Auswechseln der Führungsschicht beschränkt (wie bei einem erfolgreichen Putsch oder Staatsstreich), sondern im weiteren

Verlaufe die kulturellen, sozialen und politischen Strukturen einer Gesellschaft bis an die Basis verändert. Revolution in diesem Sinne stellt also eine besondere Art des sozialen Wandels dar.

Eine kritische Würdigung der revolutionären Strategien wird sich daher vor allem auf zwei Fragen zu konzentrieren haben:

1. Ist Revolution erforderlich, um raschen Sozialwandel auszulösen und erfolgreich durchzuführen?
2. Ist damit notwendigerweise eine Revolution im sozialistischen Sinne (gewaltsame Änderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln) gemeint?

Sind beide Fragen zu bejahen, dann wäre daraus zugleich ein negatives Urteil über die evolutionären Strategien des sozialen Wandels abzuleiten.

Wenn unter sozialem Wandel grundlegende Veränderungen in der Struktur einer Gesellschaft verstanden werden, so muss es Trägerschichten geben, die entsprechende Innovationen einführen und durchsetzen. Im Regelfall wird man bei einer traditionellen Gesellschaft – sei sie nun tribalistisch, feudalistisch, kasten- oder ständemässig organisiert – nicht erwarten dürfen, dass Neuerungen zugelassen werden, die auf vorhandene Institutionen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen kumulativ destabilisierend wirken und damit das bestehende Herrschaftsgefüge gefährden. Diese Feststellung gilt insbesondere für die heutigen Entwicklungsländer, denen der allmähliche, von der Renaissance bis zur Aufklärung dauernde Wandel im kulturellen Subsystem fehlt, der in Europa dem Beginn der Industrialisierung vorausgegangen ist und die geistigen Grundlagen für die spätere dynamische, offene und pluralistische Gesellschaft gelegt hat. In Verbindung damit durchlief das vorindustrielle Europa eine Phase des «aufgeklärten Absolutismus», während der schrittweise Änderungen im ökonomischen und sozialen Subsystem dekretiert oder zugelassen wurden (wie Umwälzungen der Produktionstechnik im agrarischen und gewerblichen Bereich, allmähliche Abschaffung der Privilegien für Zünfte und Stände, Befreiung der Bauern aus der Abhängigkeit von Grundherren, Kodifizierung der Rechtsnormen, Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung usw.). Mit Ausnahme der französischen Revolution vollzogen sich diese Änderungen auf evolutionärem Wege. Weil sie «von oben» angeordnet wurden, nennt man sie «Reformen». Das wohl bedeutendste Beispiel waren die Stein-Hardenbergschen Reformen in Preussen 1808–1820.

Ihnen entsprechen die heutigen «Entwicklungsdictaturen», die schon in der Zwischenkriegszeit in der Türkei und Persien eine ähnliche Rolle gespielt haben wie der «aufgeklärte Absolutismus» im früheren Europa und die sich im letzten Vierteljahrhundert in zahlreichen Staaten der Dritten

Welt etabliert haben. Allerdings wird man nicht alle als «Erziehungsdiktaturen» im Entwicklungspolitischen Sinne auffassen können; einige stellen nur Bereicherungsoligarchien dar.

Die erste Frage (Ist Revolution erforderlich, um raschen Sozialwandel auszulösen und erfolgreich durchzuführen?) lässt sich nur dann bejahen, wenn die Herrschaftsstrukturen (wie im französischen ancien régime) zu erstarrt sind, um die nötigen Reformen «von oben» zu veranlassen. Nach den Erfahrungen der alten Industrieländer («aufgeklärter Absolutismus») und der heutigen Entwicklungsländer («Entwicklungsdiktaturen») lassen sich die infrastrukturellen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg («pre-take-off»-Phase) mit einer straffen Organisation am besten bewältigen. Erst danach ist der Weg für eine demokratisch-pluralistische Entwicklung offen.

Die Antwort auf die zweite Frage (Ist damit notwendigerweise eine Revolution im sozialistischen Sinne gemeint?) kann nach den bisherigen Darlegungen nur verneinend ausfallen. Wäre nämlich eine sozialistische Gesellschaftsordnung Voraussetzung für sozialen Wandel, so müsste man dem gegenüber sofort die Anschlussfrage stellen, wie es denn in den alten Industrieländern ohne diese Voraussetzung überhaupt möglich gewesen ist, ein innovatorisches Potential freizusetzen, das in seiner Breiten- und Tiefenwirkung bisher unübertroffen ist.

Die Gegenüberstellung evolutionärer und revolutionärer (sozialistischer) Strategien hat die Diskussion offenkundig in eine falsche Richtung gelenkt. Versucht man, die in dieser Gegenüberstellung liegende Verkürzung der historischen Perspektive (vor allem hinsichtlich des Revolutionsbegriffes) zu vermeiden und ein möglichst breites Spektrum geschichtlicher Erfahrungen einzubeziehen, dann wird erkennbar, dass es sich im Grunde gar nicht so sehr um prinzipiell verschiedene Strategien handelt, sondern um optimale Wege in verschiedenen Phasen des sozialen Wandels. Revolutionen, die zu schwerwiegender Desorganisation in Wirtschaft und Gesellschaft führen, wirken sogar entwicklungshemmend (wie einige sozialistische «Modelle» in der Dritten Welt deutlich zeigen). «Aufgeklärte» Erziehungsdiktaturen vermögen in der «pre-take-off-Phase» mit weniger Reibungsverlusten mehr zu erreichen.